

#unverzichtbar

Die aufopfernde Arbeit der Heldinnen und Helden im Gesundheits- und Sozialwesen wurden in den letzten Monaten vielerorts gelobt. Die Beschäftigten verdienen eine besondere Wertschätzung war zu hören. Die Frage was uns gute Pflege wert ist, wurde zur gesellschaftlichen Frage, hoffentlich auch über die Corona Krise hinaus.

Ein Tropfen auf dem heißen Stein ist die von Gesundheitsminister Spahn versprochene Corona Prämie. Nach langem Geschacher, wer die Prämie bezahlen soll, haben die politischen Akteure die Corona Prämie auf den Weg gebracht. Demnach erhalten fast nur Beschäftigte der Altenpflege die Prämie. Alle

anderen Beschäftigten aus dem Sozial- und Gesundheitswesen gehen leer aus. Selbst Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manfred Lucha versteht die Entscheidung des Bundes nicht ganz: „Es gibt keine hundertprozentige Erklärung für die Gerechtigkeitslücke“ sagte Lucha in einem SWR Interview, „jedoch sei eine Prämie aus Landesmitteln derzeit nicht möglich“.

Was ist denn nun mit der besonderen Wertschätzung für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen? Während für die Lufthansa ein Rettungspaket von schwindelerregenden 9 Milliarden Euro beschlossen wird, soll eine bundeseinheitliche Prämie für alle nicht finanzierbar sein?

Neben dem Staat sind die evangelische und katholische Kirche mit über einer Million Mitarbeitenden größte Arbeitgeber im Sozial- und Gesundheitswesen. Sie haben Macht und Einfluss und könnten damit Arbeitsbedingungen positiv beeinflussen, auch in unseren diakonischen Einrichtungen. Doch sie verhalten sich nicht anders als „normale“ Arbeitgeber, sie sind voll auf Wettbewerb und Markt

konzentriert. In einem offenen Brief haben sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und an die Deutsche Bischofskonferenz gewandt und gefordert, sich dafür einzusetzen, kirchlichen Mitarbeitenden bei Diakonie und Caritas endlich gerechten Lohn zu zahlen. Statt symbolischer Gesten für Pflegekräfte in der Corona-Krise sollten die Kirchen die Arbeit ihrer Beschäftigten im Gesundheitswesen mit fairen Löhnen honorieren. Das sei mit einer einmaligen Prämie oder

der Einführung eines Steuerfreibetrags nicht zu erreichen, sondern nur mit einem Tarifvertrag. Wenn Diakonie und Caritas mit gutem Beispiel vorangehen, profitieren auch die anderen Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen, da andere Träger dann gezwungen sind nachzuziehen.

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland - Bedford-Strohm- ließ antworten, er mische sich „nicht direkt in die Politik ein“ sondern begleite die politisch Handelnden „aus christlicher Perspektive“ und was die Diakonie anbelange, so arbeite selbige „eigenständig“ aber er wünsche „viel Kraft und Zuversicht in diesen schwierigen Zeiten“.

Wenn es um den Erhalt des kircheneigenen Arbeitsrechts geht, mischt sich die Kirche gnadenlos in die Angelegenheiten der diakonischen Einrichtungen ein. Immerhin geht es darum, sich einen Wettbewerbsvorteil im Sozialmarkt zu verschaffen. Wenn es jedoch um bessere Arbeitsbedingungen und um Tarifverträge geht, stiehlt sich der Bischof aus der Verantwortung.

Auf die Unterstützung der Kirchen können wir bei dieser Forderung also nicht hoffen. WIR müssen uns selbst organisieren, hierzu sinnvoller Weise in der Gewerkschaft!



Aus dem Inhalt:

S. 2 Zeit-Diebe in der Diakonie unterwegs!

S. 3 Mir gäbet nix!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit dieser Ausgabe der WIR! endet für mich eine intensive Zeit der Interessenvertretung auf Diakonie Landesebene. 27 Jahre im Vorstand der AGMAV



und 27 Jahre Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission. Wo stünden wir heute in der Württemberger Diakonie ohne die wertvolle Arbeit der MAVen und der AGMAV? Die Beiträge auf diesen 4 Seiten machen es deutlich: Die Diakoniarbeitgeber richten es nicht für uns! In den letzten 27 Jahren konnten wir Einiges erreichen, Manches auch nicht.

Meine Erfahrung ist, dass wir als Arbeitnehmervertretung immer dann erfolgreich waren, wenn wir uns in intensiver Auseinandersetzung auf Strategien verständigt und diese dann solidarisch verfolgt haben. Herausragend ist hier die „Strategie Flächenarbeitsvertrag TVöD“. Aus fester Überzeugung, dass Wettbewerb durch Lohnkonkurrenz der Sozialen Arbeit insgesamt schadet, konnten wir so die Tarifinhalte des Öffentlichen Dienstes für den Großteil der Beschäftigten in der Diakonie Württemberg durchsetzen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit und wird von den Diakoniarbeitgebern immer wieder angegriffen. So gilt es immer noch, den rechtlich verbindlichen Tarifvertrag TVöD anstelle der Arbeitsvertragsrichtlinien durchzusetzen. Seit 30 Jahren bin ich Gewerkschaftsmitglied. Die vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten bei verdi zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für bessere Bezahlung sind toll. Diakoniebeschäftigte können selbstverständlich auch Gewerkschaftsmitglieder sein und je mehr mitmachen, um so mehr steigt die Chance, dass wir den Tarifvertrag erreichen. In diesem Sinne wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen eine gute Zukunft in der Diakonie. Lasst uns weiter kämpfen, für eine bessere Diakonie!

Euer

Uli Maier

Vorsitzender der AGMAV

Zeit-Diebe in der Diakonie!

„Kirche und Diakonie suchen **Mutmacher**“ — unter dieser Überschrift haben Landeskirche und Diakonie Württemberg im Mai ein Soforthilfeprogramm gestartet, um Menschen zu helfen, die besonders unter den Auswirkungen der Pandemie leiden. In der Pressemitteilung dazu heißt es: „Wenn Alleinerziehende oder Geringverdiener Kurzarbeitergeld beziehen oder ihre Arbeit verlieren, ist mit der materiellen auch die seelische Existenz bedroht.“ Zusätzlich zu einem Spendenaufruf hat die Landeskirche Geld für das Corona-Soforthilfeprogramm „Mutmacher“ zur Verfügung gestellt. Es ist zweifelsohne eine tolle Sache von Kirche und Diakonie, sich in dieser Weise zu engagieren. Doch wie sieht es im eigenen „Laden“ aus? Hier müssen wir etwas „Wasser in den Wein gießen“! Während u.a. die Gewerkschaft ver.di und die kommunalen Arbeitgeber einen Tarifvertrag zur Absicherung der Beschäftigten bei Kurzarbeit in kommunalen Einrichtungen abgeschlossen haben, wurde dies von den Diakoniarbeitgebern verweigert. Im öffentlichen Dienst hingegen haben die kommunalen Arbeitgeber und ver.di sich darauf verständigt, die von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten in dieser schweren Situation zu unterstützen. Die kommunalen Arbeitgeber werden das Entgelt während der Kurzarbeit auf 90 bzw. 95 Prozent des bisherigen Nettoentgelts aufstocken. Für die Ev. Landeskirche in Württemberg wurde gar eine Aufstockung auf 95 Prozent für alle von Kurzarbeit Betroffenen beschlossen. Diakoniebeschäftigte müssen bei Kurzarbeit mit 60 oder 67 Prozent Kurzarbeitergeld auskommen, es sei denn, auf betrieblicher Ebene gibt es aus „Goodwill“ noch eine Aufstockung — eine verbindliche tarifliche Regelung wie im öffentlichen Dienst gibt es dazu nicht!

Mitarbeitende in der Diakonie gewährleisten genauso, wie alle im

Sozialbereich Beschäftigten Daseinsvorsorge und nehmen damit öffentliche Aufgaben wahr. Es gibt deshalb keinen Grund Diakoniebeschäftigte, die von Kurzarbeit betroffen sind, schlechter zu behandeln. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Diakonie sind es gleichermaßen WERT! Da hat es schon absurde Züge, wenn Landeskirche und Diakonie einen Spendenaufruf starten und gleichzeitig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern



in der Diakonie Aufstockungen zum Kurzarbeitergeld verweigern!

Wenn bei den Kirchen- und Diakonie-internen Verhandlungen in der Arbeitsrechtlichen Kommission für die Diakonie noch nicht mal die gleiche Kurzarbeitsregelung wie im Öffentlichen Dienst durchgesetzt werden kann, sind weitere Unterstützungen kaum vorstellbar. So haben die kommunalen Arbeitgeber beispielsweise für die Krisensituation die Arbeitsbefreiung wegen Kinderbetreuung erweitert. Daran ist in der Diakonie nicht zu denken.

Bei den gescheiterten Verhandlungen zu einer Kurzarbeitsregelung für die Württemberger Diakonie wurde eines besonders deutlich: Oberste Prämisse der Diakoniarbeitgeber für Verhandlungen in der Arbeitsrechtlichen Kommission ist die Refinanzierung! Bei dieser kircheninternen Arbeitsrechtssetzung soll die Arbeitnehmerseite bei jedweder Forderung auch gleich noch sagen, wie das bezahlt werden soll. Da wir uns tariflich am Tarifver-

trag des öffentlichen Dienstes (TVöD) orientieren, steht für uns unter dieser Prämisse nur in Aussicht, „TVöD minus X“ zu erreichen. So kann Ausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen nicht funktionieren. Das kommt einer Bankrotterklärung für die kirchliche Arbeitsrechtssetzung im sog. 3. Weg gleich. Insofern sehen wir uns in unserer Forderung, mit dem kircheneigenen Arbeitsrecht Schluss zu machen und direkt den TVöD als Tarifvertrag anzuwenden, erneut bestätigt!

Zeit-Diebe in der Diakonie unterwegs!

Dienstplanänderung, Einspringen, Holen aus dem Frei — wer kennt es nicht. Von verlässlichen Dienstplänen kann schon lange keine Rede mehr sein. Mangelnde Personalausstattung führt zu massiven Eingriffen in die Freizeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Während im TVöD bereits verlässliche Regelungen für z.B. Mehrarbeit, Überstunden, Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst zu finden sind, gilt seit April in den Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie Deutschland (AVR-DD) eine zweifelhafte Regelung. Diese gilt in der Diakonie Württemberg für etwa 10.000 Kolleginnen und Kollegen.

Schlimmer geht immer!

„Vertretungsbereitschaft“ heißt die neue Regelung. Demnach müssen sich Beschäftigte an freien Tagen 2 Stunden bereit halten, um bei Bedarf an diesem Tag zu arbeiten. Dafür erhalten sie einen überschaubaren Vertretungszuschlag. Nun wollen die Arbeitgeber diese Regelung auch für unsere AVR-TVöD.

Wir kennen die Probleme in der Praxis, bewerten dies jedoch als massiven Eingriff in die Freizeit. Deshalb halten wir als AGMAV eine gründliche Diskussion mit den MAVen für erforderlich.

Diese Möglichkeit wollen uns die Arbeitgeber nicht zugestehen, sie ziehen ihr Ding durch:

Zeitdiebe sind in der Diakonie unterwegs! Das müssen wir uns nicht gefallen lassen, wir haben es in der Hand, uns zu wehren!

Mir gäbet nix!

Eure Diakonie

Beschäftigte in der Altenpflege bekommen eine Prämie. In einer Presseerklärung der Diakonie Deutschland war zu lesen: „Die Diakonie weist nachdrücklich darauf hin, dass auch in anderen sensiblen Bereichen wie der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen vergleichbare Corona-Belastungen und -Risiken wie in der Pflege bestehen.“ Da Worten bekanntlich auch Taten folgen sollen, hat die ver.di Tarifkommission Diako-

mitgeteilt, dass ver.di nicht das richtige Gegenüber sei.

Mangels persönlicher Entgegennahme der Unterschriften, wurden diese bei einer öffentlichen Aktion von einer ver.di-Delegation in den Briefkasten des Diakonischen Werks in Stuttgart eingeworfen.

Irene Gözl, ver.di-Landesfachbereichsleiterin bei der Aktion:

„Die Prämie ist eine Anerkennung für erhebliche Belastungen und Risiken

in der Pandemie.

Beifallklatschen war eine schöne Geste, reicht aber alleine nicht aus.

Die Beschäftigten haben die Versorgung und Betreuung der Patientinnen und Patienten, der Klientinnen, der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen am Laufen gehalten. Dafür brauchen sie jetzt

eine Anerkennung und vor allem zukünftig die materielle Aufwertung ihrer Berufe.“

Wenn Mitarbeitende in den Sozial- und Pflegeberufen, in Krankenhäu-

dingt bessere Ergebnisse erreicht werden, um die Systemrelevanz auch spürbar zu machen.

Der letzte Tarifabschluss hat eine Laufzeit bis Ende August 2020 und die nächsten Tarifverhandlungen waren für Herbst dieses Jahres geplant. Bereits im Vorfeld gab es Sondierungsgespräche der ver.di-Bundestarifkommission mit den kommunalen Arbeitgebern. Zunächst wurde diskutiert, ob der Verhandlungszeitpunkt während der Corona-Krise im Herbst der richtige ist. Ver.di hat angeboten, mit einer Einmalzahlung die Tarifrunde zu verschieben. Doch die Arbeitgebervertreter zeigten keine Verhandlungsbereitschaft. Aus ihrer Sicht müssen die Verhandlungen jetzt im Herbst laufen, da sie Planungssicherheit bräuchten.

Frank Werneke, ver.di Vorsitzender dazu: **„Die kommunalen Arbeitgeber lassen Respekt und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten vermissen. Gestern wurde noch applaudiert, jetzt sind die Beschäftigten nur noch lästige Kostenträger. Wir werden jetzt angemessene Forderungen diskutieren, in die die Wertschätzung, die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes in der Corona-Krise und die volkswirtschaftliche Bedeutung einfließen werden. Wir streben eine Realloohnerhöhung an.“** Die Bundestarifkommission hat die Entgelttafeln gekündigt. Derzeit laufen die Forderungsdiskussionen der ver.di-Mitglieder in den Betrieben.

Für den 1. September ist die erste Verhandlungsrunde vereinbart. Es ist abzusehen, dass es keine einfachen Verhandlungen werden. Aber Wertschätzung zeigt sich eben ganz besonders auch in der „Lohntüte“. Wenn in den Verhandlungen keine Ergebnisse erreicht werden können, sind Streiks ein letztes Mittel der Gewerkschaft um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Es wird sich zeigen, ob die Gesellschaft die systemrelevante Arbeit der Krankenpflegerin und aller anderen Kolleginnen und Kollegen nur beklatscht oder ob sie deren Leistungen dauerhaft anerkennt und Verständnis für ihre berechtigten Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Lohn aufbringt.



Eure 5.464 Unterschriften!

Bilder: Jo Röttgers

nie eine Online Petition gestartet. 5.464 Menschen haben sich an der Petition beteiligt, mit der das Diakonische Werk Württemberg aufgefordert wird, dafür zu sorgen, dass alle Diakonie-Beschäftigten eine Prämie erhalten. Sicher wurde auch in eurer Einrichtung dafür geworben, sich an der Petition zu beteiligen. Vielleicht habt ihr selbst unterschrieben und fragt euch jetzt, was aus eurer Unterschrift geworden ist. Ver.di wollte am

13. Juli die Unterschriften dem Vorstand des Diakonischen Werks (DWW) übergeben. Der Vorstandsvorsitzende des DWW, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, hat jedoch im Vorfeld die persönliche Entgegennahme der Unterschriften aus terminlichen Gründen abgesagt und zudem



© Jo Röttgers

seiner, der Kinder und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, ... keine Prämien erhalten, weil es offensichtlich schon vergessen scheint, dass sie bis vor kurzem als systemrelevant erkannt und gefeiert wurden, dann müssen bei den anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst unbe-

Wer hat's verdient? WIR!

„Applaus war gestern - heute herrscht Respektlosigkeit!“ so fasst ver.di Vorsitzender Frank Werneke die Gespräche mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zusammen. „Ver.di war bereit, neue tarifpolitische Wege zu gehen, um in der aktuellen Pandemie-Situation eine Auseinandersetzung zu vermeiden. Doch die VKA hat die ausgestreckte Hand ausgeschlagen und setzt auf Konfrontation.“ Somit beginnen ab 1.9.2020 die Tarifverhandlungen. Tarifverhandlungen haben in der Regel eine längere Vorlaufzeit. Die ver.di-Mitglieder diskutieren über die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen und Betrieben, führen

ge wurde monatelang gestritten. Deshalb lautet der Tenor der Tarifrunde: ‚WIR sind systemrelevant! Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen ist unverzichtbar und hält das Land am Laufen. Je mehr wir sind und je lauter wir diesen Anspruch formulieren, desto mehr Erfolg werden wir in der Tarifaueinandersetzung haben.‘ Für die Aufwertung unserer Arbeit müssen wir kämpfen. Und ja, das Geld ist da! Genauso wie für Lufthansa, Tönnies-Lohnersatzleistungen und anderes. ‚Aus der Pandemie lernen‘ war eines der Schlagworte der Politiker. Wir lernen auch daraus: Wir müssen uns um uns selbst kümmern, wir müssen unsere Lohnerhöhungen selbst erstrei-



zahllose Gespräche nicht nur in den Betriebsgruppen und erheben über Umfragen und Workshops den Diskussionsstand. Daraus entwickeln sie dann ihre Forderungen. Gerade in den Zeiten der Pandemie hat sich herausgestellt, dass die Beschäftigten zwar spontan Beifall für ihre geleistete Arbeit erhalten, aber nachhaltige Verbesserung lassen auf sich warten. Selbst über die Anerkennung der Leistungen in der Altenpfle-

ten, die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen selbst erkämpfen. Freiwillig scheint uns dies niemand geben zu wollen, nicht mal in Zeiten einer Pandemie, in der als einzige Antwort zum Personalmangel aus dem Arbeitsministerium die Ausweitung der Arbeitszeitregelung kommt. Lasst es uns gemeinsam angehen! Keine Prämie für alle? Dann mehr Lohn für alle!

Quelle: verdi.de

Tarifstreit: Was geht's uns an?

Für ca. 40.000 Beschäftigte in den Einrichtungen der Diakonie in Württemberg ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen direkt auf der Gehaltsmitteilung nachvollziehbar. In Euro und Cent, die wir dann mehr bekommen. Durch die sogenannte Tarifaueinandersetzung fließen alle Tarifergebnisse, die Arbeitszeit und Entgelt betreffen, direkt zur Umsetzung in die AVR-Württemberg ein. Für Einrichtungen mit AVR-DD Anwendung gilt das nicht direkt, indirekt wirken Tarifierhöhungen im TVöD jedoch auch. Demzufolge gehen uns die Tarifaueinandersetzungen sehr wohl etwas an und soweit das möglich sein wird, können wir uns beteiligen an Kundgebungen, Demonstrationen, Aktionen. Zumindest aber können wir unsere Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst unterstützen, auch wenn ein Streik notwendig würde. Wir können für Verständnis werben, auch wenn das nach dem Lockdown und den gerade erst gemachten Erfahrungen schwieriger als sonst sein könnte. Streik ist immer das letzte Mittel in Tarifaueinandersetzungen und dieser Weg wird nur genommen, wenn nichts Anderes mehr geht. Streik als Durchsetzungsmöglichkeit ist innerhalb des kirchlichen Arbeitsrechts nicht vorgesehen, Juristen sprachen hier deshalb schon einmal von „kollektivem Betteln“. Aber: Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, brauchen wir genügend Nachwuchs und dafür brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und attraktive Gehälter. WIR brauchen mehr Geld. Unsere Arbeit und WIR sind es wert, denn WIR halten den Laden am Laufen! Deshalb unterstützen wir ver.di bei Verhandlungen für besseren Löhne.



WIR! Die Zeitung für Mitarbeitende in der Diakonie wurde Ihnen überreicht durch Ihre Mitarbeitervertretung

Impressum: WIR! herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg, v.i.S.d.P.: Uli Maier; Bildmaterial, soweit nicht benannt: S. 1 ver.di, S. 2 Adobe Stock, Cartoon S. 4 Thomas Pläßmann
Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Fon: 0711 1656-266, Fax 0711 1656 49 266, Mail: info@agmav-wuerttemberg.de, Homepage: www.agmav-wuerttemberg.de